

# Das Europa der Projekte

Die Kommission versucht, die Menschen zu begeistern, bleibt aber hilflos / Von Hendrik Kafsack

BRÜSSEL, im Juli

Zumindest ein klares Signal wollten die europäischen Staats- und Regierungschefs nach ihrem Treffen Mitte Juni in Brüssel aussenden. Wenn auch nach der Reflexionsphase keine Klarheit über die Zukunft des EU-Verfassungsvertrags herrscht, so schreitet die EU dennoch voran. Also vereinbarten die Partner, zweigleisig fortzufahren. Sie stellten einen Fahrplan für die weitere Debatte über die Verfassung vor. Außerdem riefen sie das „Europa der Projekte“ aus, das den Europäern zeigen soll, daß und wie die EU ihnen nutzt. So soll die Basis dafür geschaffen werden, daß ein wie auch immer gestalteter neuer EU-Verfassungsvertrag auf mehr Akzeptanz als der alte stößt.

Das „Europa der Projekte“ oder „Europa der Ergebnisse“ ist ein Ansatz, den der EU-Kommissionspräsident Barroso seit langem propagiert und Anfang Mai in einem Papier der Kommission zur Verfassungsdebatte ausformulierte. Es folgt der Erkenntnis, daß die Ablehnung des Verfassungsvertrags in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden wenig mit dem Text des Vertrags zu tun hatte, sondern genereller Skepsis gegenüber der Brüsseler Bürokratie entsprang. „Die kommenden sechs Monate geben uns die Gelegenheit zu zeigen, daß wir es ernst meinen, wenn wir vom ‚Europa der Ergebnisse‘ sprechen“, sagte Barroso zum Auftakt der finnischen Präsidentschaft Anfang des Monats nochmals. Die Finnen hätten die Verantwortung, Europa von der Reflexion zum Handeln zu bringen.

Wie das „Europa der Ergebnisse“ die EU-Bürger von der Sinnhaftigkeit und den Vorteilen der Union überzeugen soll, ist schwer zu erkennen. Das liegt auch daran, daß die Gründe für die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in Frankreich und in den Niederlanden nicht einheitlich waren. Die Franzosen protestierten gegen das „liberale Brüssel“, das die Märkte zu stark öffnet. Die Niederländer störten sich eher an den hohen Beiträgen des Landes zur EU. Auf der anderen Seite bewerten die Befürworter gleicher Ziele den EU-Verfassungsvertrag widersprüchlich. So klag-

ten in Luxemburg 22 Prozent der „Neinsager“ des Referendums über sozialpolitische Mängel des Vertrags, während 16 Prozent der „Jasager“ in einer Umfrage angaben, sie hätten zugestimmt, weil die Verfassung der „erste Schritt zu einem sozialen Europa“ sei. Sicher ist nach Umfragen nur eins: Die Kluft zwischen den Menschen und den EU-Institutionen bleibt groß. Nicht einmal die Hälfte der Europäer betrachten die Mitgliedschaft ihres Staats in der EU als „gute Sache“.

In dieser Stimmungsfrage Projekte und ihre Ergebnisse zu benennen, die „die“ Europäer wieder für die EU einnehmen,

erwartet hatte. Die Beharrungskräfte in der Brüsseler Bürokratie sind groß. Aber auch wenn dieses Projekt und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit doch vorankommen, werden sich die Ergebnisse erst in einigen Jahren zeigen. Geeignet, die Menschen in absehbarer Zeit von der EU zu überzeugen, sind sie deshalb nicht.

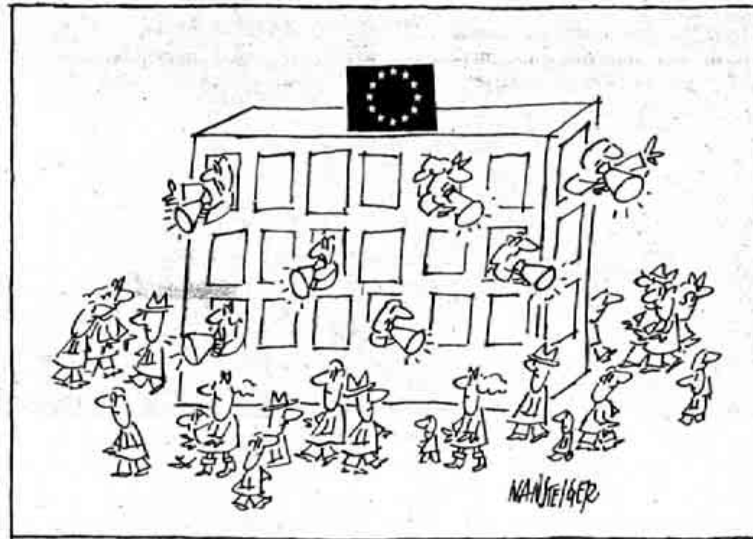
Also folgt die Kommission in Brüssel der Devise: Da wir nicht wissen, was die Bürger überzeugt, erklären wir ein jedes Ergebnis zum Erfolg. Barroso ergreift dementsprechend bei jeder Gelegenheit das Wort und verkündet, daß die Ein-

zu lösen. Die EU hat hier nur ihre Arbeit gemacht. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. So taugen diese Ergebnisse auch allenfalls als Beleg dafür, daß die EU nicht stillsteht. Das als einen Erfolg darzustellen setzt sehr geringe Erwartungen bei den Bürgern voraus.

Erfolgversprechender scheint die Strategie zu sein, den Menschen direkt Gutes zu tun, etwa indem man ihre Mobilfunkkosten per Verordnung stark verringert. So schlug die Kommission – trotz berechtigter Einwände der nationalen Regulierungsbehörden – vor, die Preise für Gespräche im Ausland um 70 Prozent zu senken. Das ist nicht gerade wenig und müßte doch seine Wirkung entfalten, mochte man denken.

Kurze Zeit später sahen sich die Fluggesellschaften in Europa mit Preisvorgaben für den Ticketverkauf aus Brüssel konfrontiert. Das paßt kaum zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu fördern. Vor allem mit der Regulierung von Gesprächen mit dem Mobiltelefon im Ausland, dem sogenannten Roaming, greift die Behörde stark in den Markt ein und drängt die Branche in die Enge. Die übrigen Initiativen dieser Kategorie haben immerhin keine negativen Folgen für die Wirtschaft, etwa die Vorschläge, die Etikettierung von Sonnenöl zu ändern, auf Sonnenbänken vor Hautkrebs zu warnen oder krebserregende Stoffe in Haarfarbmitteln zu verbieten – zumal die Stoffe kaum genutzt werden.

Ob die neue Kombination aus „offensivem Verkaufen“ und der „Bestechung“ der Bürger, etwa durch niedrige Handykosten, am Ende die Akzeptanz der EU-Institutionen steigert, darf bezweifelt werden – vor allem solange zur gleichen Zeit in den Hauptstädten über so fragliche Ergebnisse der EU-Politik wie die Antidiskriminierungsrichtlinie gestritten wird. Entsprechend hilflos wirkt die EU-Kommission in ihrem Mühen, das „Europa der Ergebnisse“ mit Leben zu erfüllen. Wenn es noch eines Belegs dafür bedurft hätte, lieferte ihn Barroso in der Endphase der Fußball-Weltmeisterschaft. Es gebe einen weiteren Beweis für den Erfolg eines „Europas der Ergebnisse“, sagte er ohne jede Ironie: Es stünden schließlich vier EU-Mannschaften im Halbfinale.



ist so gut wie unmöglich. Der deutsche Vizepräsident der Kommission, Verheugen, gibt das auch durchaus zu. Seiner Ansicht nach muß die Europäische Union die Bürokratie abbauen sowie die Forschung und den Unternehmergeist fördern, was einst in Form der Lissabon-Agenda angestoßen wurde. Wenn die Europäer, gerade in den alten Staaten der Union, Arbeit hätten, werde die Zustimmung zur EU automatisch steigen, lautet Verheugens Kalkül.

Der Abbau der Bürokratie gestaltet sich allerdings nicht so einfach, wie er es

gung über den EU-Haushalt 2007 bis 2013, das Ende der Auseinandersetzung über die EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kompromiß zur gemeinsamen Energiepolitik sowie die „Wiederbelebung“ der Lissabon-Agenda ein Beleg für das „Europa der Ergebnisse“ sind. Die berechtigte Frage, ob diese Ergebnisse auch „gut“ sind, stellt sich offenbar nicht. Dabei gibt es daran im Falle des Budgets, der Dienstleistungen und der Energiepolitik durchaus Zweifel. Außerdem mußte man nicht das „Europa der Projekte“ ausrufen, um diese Probleme